

Adenauer trifft Kennedy

Einladung aus Washington — Aussprache über weltpolitische Fragen

Bonn/Washington (ap/dpa/upi). Bundeskanzler Adenauer wird den USA am 12. und 13. April einen offiziellen Besuch abstatten und dabei mit Präsident Kennedy zu einem politischen Meinungsaustausch zusammentreffen. Wie in Washington und Bonn gleichzeitig mitgeteilt wurde, ist die Einladung von Kennedy ausgegangen. Der Bundeskanzler habe die Einladung „sehr gerne“ angenommen. Kennedy äußerte, er freue sich sehr auf ein Treffen mit dem deutschen Regierungschef.

Aus Washingtoner Regierungskreisen wurde ergänzend bekannt, der Präsident wolle mit Adenauer neben den allgemeinen Ost-West-Beziehungen vor allem die Deutschland- und die Berlin-Frage erörtern. Als weitere Themen wurden genannt: das Verhältnis zwischen Gemeinsamen Markt und Kleiner Freihandelszone, die Integration innerhalb der NATO, die Pläne für die Umwandlung der Allianz in eine Atommacht, die Abrüstung und Fragen der amerikanischen Zahlungsbilanz.

Der Bundeskanzler wird der zweite westeuropäische Regierungschef sein, mit dem Kennedy die großen Fragen der westlichen Politik erörtert. Als erster wird am 5. und 6. April der britische Premierminister Macmillan Gast des neuen Präsidenten sein. Wenige Tage nach dem Kanzler kommt der griechische Regierungschef Karamanlis nach Washington. Konkrete Pläne für Besuche de Gaulles oder seines Ministerpräsidenten Debré sind noch nicht bekannt.

Sacharow scharf zurückgewiesen

Westkommandanten erinnern Sowjets an Vier-Mächte-Status

Berlin (Eigenmeldung). Die drei westlichen Stadtkommandanten haben die Antwort des sowjetischen Kommandanten Sacharow auf den westalliierten Protest gegen die sowjetzonalen Schikanen während der Berliner Synode scharf zurückgewiesen. In einer gemeinsamen Erklärung bezeichnen sie es als eine unumstößliche Tatsache, daß der sowjetische Kommandant mit den Westmächten die Verantwortung für die Freizügigkeit in ganz Berlin trage.

Der Gedanke, daß die Synode der Evangelischen Kirche Ruhe und Ordnung in Berlin bedroht habe, sei phantastisch. Nicht der Kirchentag, sondern das ungesetzliche sowjetzonale Einschreiten gegen die Teilnahme

an einem Gottesdienst habe Ruhe und Ordnung bedroht, betonen die Westmächte.

Sacharow hatte auf den westlichen Protest vom 13. Februar erklärt, die sowjetischen Truppen mischten sich nicht „in die inneren Angelegenheiten der DDR und ihrer Hauptstadt Berlin“ ein. Er protestiere aber dagegen, „daß die Organe der Deutschen Bundesrepublik, unterstützt von den Behörden der drei Westmächte, weiterhin vom Territorium Westberlins aus die verschiedensten Demonstrationen, Versammlungen und andere gegen die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder gerichteten Maßnahmen inszenierten“.

Kennan korrigiert sich

Washington (ap). Der zum neuen US-Botschafter in Jugoslawien ernannte Rußlandexperte George F. Kennan ist von seiner im Jahre 1957 vertretenen „Disengagement“-Politik in Mitteleuropa abgerückt. Er sagte in Washington, dieser Weg, der eine Entspannung bringen sollte, sei heute nicht mehr angebracht und im Lichte der jüngsten Entwicklungen auch nicht mehr zweckdienlich.

Bonn ist besorgt

Berlin (dpa/upi). Mit wachsender Sorge beobachte die Bundesregierung, daß sich der Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone in den ersten Monaten dieses Jahres weiter verstärkte, erklärte Bundesminister Lemmer kürzlich in einer Ansprache über den RIAS. Der Grad der Ausblutung der Sowjetzone sei „erschreckend“, denn sie diene nicht der deutschen Wiedervereinigung. Es wäre an der Zeit, daß sich nicht nur deutsche Stellen, sondern auch andere mit diesen Vorgängen im Herzen Europas beschäftigten.

Flade Ehrenmitglied

Berlin (Eigenbericht). Hermann Josef Flade wurde als Ehrenmitglied in die Junge Union Berlin aufgenommen. In einer kurzen Ansprache vor der Landeskonferenz betonte Flade, daß in dem Kampf gegen den östlichen Totalitarismus auch Opfer gebracht werden müßten.

Politik im Wahlkampf

K.W.B. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, auf welcher Seite wir in der bundespolitischen Auseinandersetzung zwischen der Partei Adenauers und der von Brandt präsentierten Partei stehen. Wir haben auch häufig unsere Meinung vertreten, warum wir insbesondere die Aufstellung Brandts als Spitzenkandidaten der Sozialdemokratie für eine schlechte Wahl gehalten haben. Die Interessenkollision vollends, in die Brandt seine Funktion als Regierender Bürgermeister von Berlin stoßen müßte, haben wir mehr als einmal als eine Gefahr dargestellt, die nicht nur im Effekt seine politischen Freunde, sondern auch diese Stadt und alle ihre Bürger werde treffen müssen. Wir sind nicht froh darüber, daß unsere sehr früh angemeldeten Befürchtungen sich heute schon an allen Ecken und Enden zu bewahrheiten beginnen. Aber es gefällt uns um so weniger, daß die Auseinandersetzung um die politische Führung im Bund nun auch noch auf ein Gebiet getragen wird, auf dem der politische Streit leicht zur persönlichen Schlägerei ausarten kann.

★

Natürlich ist ein Wahlkampf kein Kavallerieduell. Und da die Sozialdemokraten Wert darauf gelegt haben, im Wahlkampf nicht die Partei, sondern einen Mann sichtbar als ihren Bundeskanzlerkandidaten zu präsentieren, müssen sie es sich gefallen lassen, daß dieser Mann, der auf ein solch hohes Piedestal gestellt wird, gründlich durchleuchtet wird. Es ist also durchaus legitim, daß Brandts politische Anschauungen, seine politischen Urteile, seine Wertungen von gestern und vorgestern mit den heutigen verglichen werden und daß mit seinen politischen auch seine menschlichen Qualitäten gemessen werden. Soweit man sehen kann, ist dies noch lange nicht in der öffentlichen Diskussion genutzt worden.

Statt dessen aber können wir keinen Geschmack daran finden,

daß einige Leute die Durchleuchtung des SPD-Kandidaten in einem Zeitraum beginnen, der, gemessen an Brandts Schicksal ebenso wie an dem unseren, tabu sein sollte. Bekanntlich hat jedermann in diesem Land, ob er während dieser Zeit emigriert oder hiergeblieben ist, mitgemacht oder sich mehr oder weniger still gestraubt hat, an dieser Vergangenheit noch schwer zu tragen. Wir wissen, daß wir mit der Bewältigung dieses ärgsten Stückes der deutschen Geschichte noch immer nicht zu Ende gekommen sind. Es mag manches im norwegischen und nachnorwegischen Leben Brandts Kopfschütteln oder Fragen hervorrufen — aber ein politisches Urteil darüber müßte notwendig eine der moralisch achtbarsten Verhaltensweisen während des Dritten Reiches, die Emigration, selbst treffen. Genau wie man verlangt, daß im Wahlkampf nicht der Gegner damit verteuft werden soll, daß man ihn als Helfershelfer der Nazis diffamiert, sollte man auch wissen, daß die politische Gegnerschaft das Handeln und das Verhalten aufs Korn zu nehmen hat, das sich in unserer zwölfjährigen Demokratie übersehen läßt.

★

Die Bewältigung der Vergangenheit absorbiert so sehr das politische Leben, daß man darunter die viel wichtigere Bewältigung der Zukunft grüßlich vernachlässigt. Mit der Situation, die uns das Karlsruher Fernsehurteil eingebrockt hat, scheint uns mitten in der Wahlzeit ein solcher Riegel vor die politische Zukunft geschoben. Wir stimmen nicht dem sozialdemokratischen Urteil zu, das diese Verurteilung des Bundes durch das Verfassungsgericht zur wahlpolitischen Chance für die SPD macht. Wir sind auch davon überzeugt, daß die Karlsruher Richter redlich dem Recht gedient haben, wie es unsere Verfassung vorschreibt. Doch der sozialdemokratische „Vorwärts“ sieht schief, wenn er den Spruch von Karlsruhe als eine — natürlich der Bundesregierung — erteilte „Lektion in Demokratie“ bejubelt. Wir glauben im Gegenteil, daß das Urteil von Karlsruhe die Diskussion über die mangelnde Be-

wegungsfähigkeit unserer Demokratie jetzt in Gang bringen wird.

★

Es kann nicht darum gehen, nun schleunigst nach einer Änderung des Grundgesetzes zu rufen; wir sind vielmehr froh, daß wir eine Verfassung haben, an der in einer sich so rapide verwandernden Zeit immer wieder das Rechtsdenken sich orientieren kann. Aber nach der Genugtuung, die der Bürger darüber empfindet, daß das Recht in Deutschland gewahrt wird, schleicht sich doch beim weiteren Nachdenken Unbehagen ein. Denn diejenigen sozialdemokratischen Länder, die Klage gegen die Ziele des „Bundesfernsehens“ beantragt hatten, wollten doch vornehmlich, daß der Bundesregierung eins aufs Haupt geschlagen werde. Sie wußten, daß man es mit Verfassungsparagraphen von 1949 mühelos tun konnte. Daß inzwischen aber die politische Wirklichkeit dem Bund Aufgaben zur Sicherung des ganzen Staates und Volkes übertrug, die kein Land und keine Provinz in ihm erfüllen kann, hat keine Verfassung berücksichtigen können.

Das „zweite Fernsehen“, wie es im Bundesauftrag geplant wurde, sollte ein als politisches und nationales Instrument zu wertendes Kontrastprogramm gegen das aus der Zone auf die Bundesrepublik einwirkende Programm werden. Die politischen Aufgaben des Rundfunks und Fernsehens, die in England und Frankreich selbstverständlich ein zentrales Landesinstitut bewältigt, bleiben also, obwohl die Bundesrepublik dies, vom Osten bedrängt, mehr als jedes andere Land braucht, weiter unbewältigt. Die Verfassung der Bundesrepublik durfte freilich nicht mit der Klärung dieser Frage strapaziert werden. Sie durfte es nicht, weil sie, als sie entstand, in keiner Weise voraussehen konnte, wann jemals eine so wichtige nationale Aufgabe für die Bundesrepublik zur Notwendigkeit werden würde. Der Mangel an nationalpolitischem Denken, den die Antragsteller in Karlsruhe hatten, zwingt nun, die unaufschiebbare Aufgabe auf anderem Wege zu tun. Leider wird er jetzt länger sein.

Welche Rolle spielte Sorin in Prag?

Der sowjetische UNO-Delegationsführer veranlaßte 1948 den Fenstersturz

K. London (Eigenbericht). Eine außergewöhnliche Pressekonferenz fand am Wochenende im Unterhaus statt, um der westlichen Öffentlichkeit ein außergewöhnliches Dokument von jenseits des Eisernen Vorhanges bekanntzugeben. Prominente Abgeordnete beider Parteien in beiden Häusern des englischen Parlaments vereinigten sich mit dem international bekannten spanischen Philosophen und Schriftsteller Salvador de Madariaga zur Bloßstellung kommunistischer Koexistenztaktiken unter Heranziehung eines 13 Jahre zurückliegenden Vorfalles: die Rolle des sowjetischen UNO-Delegationsführers Valerian Sorin beim Prager Fenstersturz 1948.

Selten hat eine trockene, wissenschaftliche Abhandlung über lange zurückliegende Ereignisse eine gerade wegen ihrer Ungevolltheit so makabre Aktualität gehabt: Es war nur 24 Stunden, nachdem Valerian Sorin sich in der UNO-Kongodebatte über Lumumbas Tod als Richter über die westlichen Imperialisten aufschwang und sich als Bannerträger menschlicher Freiheit gebärdete.

Die britischen Lords und die ehrenwerten „Gemeinen“ wissen all die, die dieses Gedächtnis haben, auf die seltsame Rolle des gleichen Herrn Sorin beim berühmten Prager Fenstersturz 1948 hin, der im Selbstmord des Außenministers Jan Masaryk, im Rücktritt und Tod des Präsidenten Eduard Benesch und in der „legalen“ Machtergreifung des kommunistischen Regimes endete. Als dies von Valerian Sorin veranlaßt wurde — er erschien wenige Tage vor dem Umsturz in Prag — damals vor dem Sicherheitsrat der UNO verhandelt wurde, waren die Beweise über die ungesetzlichen Maßnahmen der Kommunisten so erdrückend, daß die Sowjetunion erstmals ein doppeltes Veto einbrachte. Bis zum heutigen Tag blieb der Punkt 14 der Beratungen des Sicherheitsrats unerledigt.

Fibel des Umsturzes

Die führenden englischen Parlamentarier riefen ihn jetzt ins Gewissen der Weltöffentlichkeit zurück durch die Herausgabe des Werkes eines der Kronzeugen für die kommunistische Unterwanderung einer parlamentarischen Demokratie. Es ist eine nur 45 Seiten starke Schrift, deren langatmiger Titel im Stil marxistischer Parteideologie

allgemein verständlich abgekürzt wurde in „Die Rolle des Parlaments bei einer kommunistischen Revolution“. Ihr Verfasser ist der kommunistische Abgeordnete in der Prager Nationalversammlung und Parteitheoretiker der tschechischen KP, Jan Kozak. Das Lehrbuch zur Unterhöhung demokratischer Einrichtung wurde 1957 herausgegeben vom Prager Institut für die Geschichte der KP, ist vor allem für die Parteischulung gedacht und wird nur besonders zuverlässigen Parteimitgliedern in den westlichen und neutralistischen Ländern als Leitfaden für ihre umstürzlerische Tätigkeit überlassen.

Auf abenteuerlichem Wege gelangte das Dokument in westliche Hände und wurde in einer englischen Übersetzung mit einem Vorwort des berühmten englischen Arbeiterpolitikers Herbert Morrison, des jetzigen Lord Morrison of Lambeth, veröffentlicht. Es ist ein Leitfaden für die Kommunisten in aller Welt, wie nach dem Prager Beispiel und Vorbild die parlamentarische Mehrheit in einer Demokratie ausgehöhlt und unterwandert werden kann, ja, wie sie durch geschickte Einschaltung der Massen auf völlig illegalem Wege in eine kommunistische Diktatur verwandelt werden kann.

In beispielloser Offenheit beschreibt die Schrift des tschechischen Parteitheoretikers, wie die kommunistische Machtübernahme unter Anwendung demokratischer Spielregeln durchgeführt wurde und wie die parlamentarische Prozedur benutzt wurde zur Ausschaltung des demokratischen Regimes. „Durch eine“, wie es wörtlich heißt, „Kombination von Druck von

oben und von unten“ beteiligte sich die KP an einer Koalitionsregierung. Ich sorgte unter Vorwänden des Staatsschutzes für die Bewaffnung ihrer Mitglieder und benutzte im Parlament mit teuflischem Geschick alle revolutionären Mittel ihrer Minderheit, um die numerische Mehrheit der bürgerlichen Koalitionspartner auszuschalten, langsam aus allen wichtigen Staatsposten zu verdrängen, bis diese plötzlich nicht mehr in der Lage waren, die kommunistische Revolution zu verhindern.

Das ist Koexistenz

Die mit solch schamloser Offenheit zynisch dargestellten Einzelheiten des tschechischen Umsturzes werden als Musterbeispiel für ähnliche friedliche Umstürze in anderen Ländern bezeichnet. Es ergaben sich drei Folgerungen aus diesem Dokument:

1. Es bestätigt ohne den Schatten eines Zweifels, daß die von den Sowjets propagierte friedliche Koexistenz nichts weiter ist als die Fortführung des kalten Krieges mit anderen Mitteln und daß es nach wie vor kommunistische Taktik ist, das demokratische parlamentarische System als ersten Schritt auf dem Weg des revolutionären Umsturzes eines demokratischen Staatsapparates mit einer nichtkommunistischen Mehrheit zu benutzen.

2. Die gleiche Technik wird gegenüber allen politischen Parteien angewendet, die Volksfronttendenzen haben.

3. Seit dem Prager Umsturz wurde die kommunistische Umsturztechnik mit wechselndem Erfolg in mehreren Ländern angewandt, wobei sie — wie in dem Dokument ganz offen ausgeführt wird — den jeweiligen nationalen Bedingungen angepaßt und abgeändert ist. Die Ziele für solche Unterwanderung finden die Kommunisten heutzutage vor allem in Lateinamerika, Südostasien, im Nahen Osten und in Afrika. Vor allem bei den neu selbständig gewordenen Ländern versuchen die Kommunisten die Durchführung des Prager Musters.

Der Fall Koneiecki

DT. Das Schicksal des Westberliner Studenten Dieter Koneiecki beschäftigt viele Menschen in der freien Welt. Der Auslandsreferent des Liberalen Studentenbundes war am 15. Januar nach Ostberlin gerufen worden. Vier Wochen später meldete die sowjetzonale Nachrichtenagentur adn, er sei mit vier weiteren „Agenten“ wegen Spionage in Prag verhaftet worden. Inwieweit der Ostberliner Staatssicherheitsdienst an dieser Verhaftung beteiligt war, wird man vielleicht erst nach Jahren erfahren.

★

Wer ist Dieter Koneiecki? Der 29jährige Student der politischen Wissenschaften ist ein eifriger Verfechter von Ostkontakten. Bei den Weltjugendfestspielen in Moskau 1957 registrierte er — zunächst als Beobachter — die riesige Aktivität des Ostblocks mit den Vertretern der jungen afro-asiatischen Staaten, die dieser gezielten und lautstarken Propaganda völlig zu erliegen drohten. Von da an stand sein Entschluß fest: Der Westen darf dem Kommunismus dieses Feld nicht kampflös überlassen.

Die Weltfestspiele 1959 erschienen Koneiecki recht zu geben. Auf sein Betreiben war eine starke Gruppe des Liberalen Studentenbundes nach Wien gefahren. Sie erreichte im Verein mit anderen westlichen Vertretern — besonders aus den Vereinigten Staaten —, daß die Lobredner des Marxismus-Leninismus in den Diskussionen mit nüchternen Tatsachen konfrontiert wurden. Die passive Resistenz der Wiener Bevölkerung tat ihr übriges, um den Kommunisten zum erstmaligen in der Geschichte ihrer Weltfestspiele die Schau zu stehlen.

★

Die Wiener Schlappe hat die kommunistische Weltjugend bis heute noch nicht verwunden. Von diesen Tagen an war Dieter Koneiecki, Hauptsprecher der bundesdeutschen Gruppe, gefährdet. Er muß das gewußt haben, vertraute aber seiner gerechten Sache und hielt seine vielen persönlichen Beziehungen

nach dem Osten aufrecht. Vermutungen, daß Koneiecki auch materielle Vorteile aus seinen überaus regen und guten Kontakten gehabt hat, haben sich nicht bestätigt. In Ostberlin schlug die Falle zu, die ihm die Vertreter des „Weltfriedenslagers“ gestellt hatten.

Ein selbstverschuldetes Schicksal — werden jene sagen, die schon immer vor Ostkontakten gewarnt haben. Aber so leicht dürfen es sich auch die Kontaktgegner nicht machen.

★

Wo der Kommunismus nach der Jugend der freien Welt

greift, muß ihm entgegengetreten werden. Daß hierbei die Vertreter der Bundesrepublik besonders gefährdet sind, zeigt das erschreckende Schicksal Dieter Koneieckis. Der weltweite Protest darf nicht verstummen. Welche Vorwände auch immer tschechische Staatsorgane für die Verhaftung Koneieckis vorbringen mögen, sie haben sich mit diesem Menschenraub jedes Rechtsscheins begeben. Vor aller Welt aber wurde wieder einmal bewiesen, daß Gewalt und Verbrechen zum Werkzeug des Kommunismus gehören, wenn die Mittel der Dialektik versagen.

Nur eine friedliche Regelung der Grenze im Osten

Bundesregierung erläutert ihre Haltung zu Polen

W. Bonn (Eigenbericht). Die Bundesregierung hat noch einmal erklärt, daß sie ebensowenig wie die Heimatvertriebenen selbst einen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete aussprechen könne und werde. Die deutschen Ostgrenzen könnten erst in einem Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Gesamtdeutschland festgelegt werden. Die bereits vorgenommenen Grenzregelungen mit den westlichen Nachbarvölkern zeigten, daß dies auf friedlichem Wege ohne jegliche Anwendung von Gewalt möglich sei.

Ausdrücklich betonte Bundespresseschef von Eckardt, daß diese Erklärung nicht in einem Zusammenhang mit der Absicht der Bundesregierung stehe, einen ersten offiziellen Kontakt zu der polnischen Regierung aufzunehmen. Gleichzeitig wurde die Frage, ob die Bundesregierung ihre Absicht weiterverfolge, von einem Sprecher des Auswärtigen Amtes mit der abweisenden Erklärung „kein Kommentar“ beantwortet — eine Form der Abweisung, die in Bonn sehr selten ist.

Eckardt fühlte sich zu seiner Erklärung, die allerdings im einzelnen genau vorbereitet war, durch eine öffentliche Auseinandersetzung veranlaßt, in die er persönlich mit führenden Vertriebenenpolitikern geraten ist. Sie ging darauf zurück, daß er bei einer Pressekonferenz irrtümlich falsche Angaben über die Zugehörigkeit Pommerns zur Sowjetzone gemacht hatte. Daraufhin war er verdächtigt worden, die deutschen Ostgebiete bereits abgeschrieben zu haben. Die Erklärung, die er

daraufhin abgab, bestand aus drei wohlabgewogenen Punkten:

1. Obwohl seit 1945 etwa 13 Millionen Vertriebene aus Ostdeutschland gekommen sind, gibt es in der Bundesrepublik keine politische Radikalisierung. Das ist ein eindeutiger Beweis für die politische Reife des deutschen Volkes.

2. Die Vertriebenen können nicht auf ihre Heimat verzichten. Auch die Bundesregierung kann es nicht. Eine Lösung gibt es erst in einem deutschen Friedensvertrag.

3. Die Bundesregierung hat durch die Abkommen über die deutsche Westgrenze bewiesen, daß alle Grenzprobleme friedlich ausgehandelt werden können. Ihre Zielrichtung war dabei die Einigung Europas. Das gilt aber für alle Völker der europäischen Völkerfamilie. Deshalb erstrebt die Bundesregierung auch mit den östlichen Nachbarn einen friedlichen Ausgleich. Die Aufgabe kann nur gelöst werden im Rahmen des Selbstbestimmungsrechts.

Zwei Analysen einer „Amnestie“

Nicht 16 000, sondern nur etwa 10 000 aus Zonenzuchthäusern entlassen

DT. Die Machthaber der Sowjetzone lassen sich keine Gelegenheit entgehen, um ihren neuen gemäßigten Kurs zu propagieren. Am stärksten ist dies auf dem Gebiete der „Rechtspflege“ zu erkennen. Mehrere Urteile sowie Urteilsauslegungen in der Presse sollten dies beweisen, vor allem aber der am 9. Februar veröffentlichte „Beschluss des Staatsrates über die weitere Entwicklung der Rechtspflege“, in dem Ulbricht an einigen Beispielen zeigte, daß ein „öffentlicher Tadel“ oder die Übernahme von „Patenschaften“ (beispielsweise zweier Arbeitskollegen für einen Arbeiter mit „unterentwickeltem gesellschaftlichem Bewußtsein“) die Betroffenen sogar zu hohen Leistungen anspornte und eine Bestrafung überflüssig machte.

Zeichen der Stärke?

In zahlreichen Varianten wird die Behauptung aufgestellt, daß in der „DDR“ mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft auch zunehmend die Grundsätze der „gesellschaftlichen Moral“ sich durchsetzen und daß die „Überreste“ kapitalistischer Vergangenheit mehr und mehr überwunden würden. Das Ganze, so wird behauptet, sei eine „Analyse“ über die Durchführung des „Gnadenerweises“ vom 15. bis 30. November 1960. Vor dessen Durchführung wurde die Freilassung von 12 000 Gefangenen angekündigt.

Nun aber erklärte Ulbricht dazu: „Wenn durch den Gnadenerweis 16 000 Straffällige vorfristig aus den Haftanstalten entlassen würden und 70 000 Bürgern, die mit den Gesetzen in Konflikt geraten waren, die Strafe erlassen werden konnte und sie den Weg in ihre Arbeit und in das gesellschaftliche Leben unserer Republik zurückgefunden haben, so ist das der Ausdruck der wachsenden Stärke und so weiter.“

Hierzu nun unsere „Analyse“. Die Zahl 16 000 entbehrt jeder Wahrscheinlichkeit, da die Zuchthäuser, Gefängnisse, Haftarbeitslager und Untersuchungs- haftanstalten in den letzten

Jahren mit insgesamt höchstens 35 000 Gefangenen belegt waren, und da im Durchschnitt aus den Haftanstalten ein Drittel der Gefangenen, meist noch etwas weniger, entlassen wurde. Auch der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen konnte bisher nicht mehr als 8500 Entlassene ermitteln, darunter etwa 2800 „Politische“.

Es lohnt sich, die Erklärung Ulbrichts genau zu lesen, um zu erkennen, wie er sich bemühte, eine beeindruckende Zahl zu bekommen. Er spricht nicht — wie der „Gnadenerweis“ — von „Verurteilten“, sondern von „Straffälligen“. Also auch die freigesetzten Untersuchungshäftlinge (welches großen Zeitraumes wohl?) wurden eingerechnet.

Noch beeindruckender erscheint die Zahl 70 000: Sie könnte nur, auch das hat Ulbricht verschwiegen, eine Zusammenfassung sämtlicher in den letzten Jahren vorgenommenen „Tadel“ und „Niederschlagungen wegen Geringfügigkeit“ und Niederschlagungen auf Grund von Spitzelverpflichtungen sein. Gerade diese Zahl ist beachtlich groß. Des weiteren wurde einer großen Anzahl von Gefangenen, die im Laufe vergangener Jahre mit Bewährungsfrist vorzeitig entlassen wurden, nun mitgeteilt, daß ihre Strafe „erlassen“ wäre. Kein Wunder, daß dabei hohe Zahlen zustande kommen.

Zahlenspiele

Das gegenwärtige Bild in den Haftanstalten beweist, daß die Großzügigkeit bei den Zahlenmanipulationen aber selten bei der Wirklichkeit war: Vielen wurde erst kurz vor Schluß der beiden Entlassungswochen mitgeteilt, daß es sich um ein „technisches Versehen“ handelte. Unter denen, die bereits im Entlassungssaal waren, befand sich der Dreher Gerhard Ulbricht, der Neffe des SED-Sekretärs, der über die „Ganoventouren“ seines Onkels erzählt und deshalb zunächst sieben Jahre Zuchthaus bekommen hatte. Fünf weitere Jahre bekam er in der Haft, weil er

dort angeblich erneut das „Staatsoberhaupt verleumdete“ habe. Obwohl er bereits elf Jahre verbüßt hatte, muß er nun seine Strafe bis zum letzten Tage absitzen. Auch der Arzt Dr. Streckfuß und der „Zeuge Jehovas“ Otto Teufer und andere waren im Zuchthaus Brandenburg bereits auf Entlassungsstation. Ähnliches ereignete sich in anderen Haftanstalten.

„Verhalten in der Haft“

Nicht minder grausam war das System gegenüber Schwerstkranken. Annemarie Möbis, deren Mann im Haftkrankenhaus Klein-Meusdorf ans Bett gefesselt eines qualvollen Todes starb, hat ein schweres Unterleibsleiden. Obwohl sie von ihren zwölf Jahren Zuchthaus bereits neun Jahre abgessen hat, war sie nicht unter den Freigelassenen. Auch nicht Fritz Henschel, der durch Scheinwerferbehandlung des „SSD“ sein Augenlicht verloren hat. Auch nicht Fritz Adler, ein „Zeuge Jehovas“, der bereits zehn Jahre bei den Nazis saß und nun schon elf Jahre in „DDR“-Gefängnissen ist und an schweren Kreislaufstörungen leidet. Auch nicht Anneliese Kirks, die als 18jährige wegen Vertellens von Flugblättern fünf Jahre erhielt und Tbc-krank wurde. Nach voller Verbüßung setzte sie sich für ihre schwerkranken Haftgefährten ein und wurde erneut zu fünf Jahren verurteilt.

Alle diese Gefangenen haben zwei Drittel der Strafe verbüßt, fielen aber nicht unter den „Gnadenerlaß“, weil durch dessen Gummibestimmung (das „Verhalten während der Haft“ muß „Gewähr bieten, daß der Entlassene künftig die sozialistische Gesetzlichkeit einhalten wird“), Denunziationen von Zelenspitzen, Antipathien von Schließern und ähnliche Zufälligkeiten grausame Willkür geschaffen wurde.

Die entlassenen politischen Gefangenen erwarten, daß über die rund 10 000 in Haftanstalten verbliebenen „Politischen“ nun genauestens Buch geführt wird.

D-Mark wurde aufgewertet

Ein Dollar kostet künftig nur noch vier D-Mark

Bonn (Eigenmeldung/dpa/ap). Die Deutsche Mark ist um 4,75 Prozent aufgewertet worden. Damit wurde die Parität der DM gegenüber dem amerikanischen Dollar von etwa 4,20 auf 4 DM festgesetzt. Ganz allgemein wird dieser Schritt der Regierung als ein wesentlicher Beitrag der Bundesrepublik zur Stützung der amerikanischen Zahlungsbilanz und als Auftakt für die Gespräche des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Harriman angesehen.

Die USA haben seit mehr als einem Jahr immer wieder die Aufwertung der DM gefordert. Bundeswirtschaftsminister Erhard, der bisher eine Aufwertung abgelehnt hatte, bezeichnete sich am Sonnabend in einer ersten Erklärung als „Initiator und treibende Kraft dieser Aktion“. Er sei überzeugt, sagte Erhard, daß die Aufwertung ein guter und notwendiger Schritt sei, um die Stabilität der deutschen Währung und des Preisniveaus aufrechtzuerhalten.

Der britische Schatzkanzler begrüßte am Sonnabend die Aufwertung. Seine Regierung betrachte sie als Zeichen für die Ernsthaftigkeit, mit der die Bundesregierung dem Problem der Unausgeglichenheit in der internationalen Zahlungsbilanz gegenüberstehe.

Industrie besorgt

Die Wichtigkeit, die der Aufwertung in der Industrie der Bundesrepublik beigemessen wird, unterstreicht die Tatsache, daß der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in Köln alle erreichbaren Persönlichkeiten der Geschäftsführung sofort zu einer Sonder-sitzung zusammengerufen hat.

Die ersten Mitteilungen über die Aufwertung sind in der Ruhrindustrie mit großer Sorge aufgenommen worden. In erster Stellungnahme der großen, exportintensiven Werke wurde darauf hingewiesen, daß der Stand der deutschen Exporteure auf dem Weltmarkt noch erschwert werde. Die Konkurrenz bei den großen internationalen Projekten sei ohnedies für den deutschen Exporteur schon scharf genug gewesen.

In den optimistischeren Beurteilungen wurde lediglich der Erleichterung darüber Ausdruck gegeben, daß der Prozentsatz der Aufwertung nicht noch höher sei.

Auslandsflüge billiger

Die neuen Wechselkurse ermöglichen es deutschen Touristen, ihre Devisen für Auslandsreisen zu einem günstigeren Kurs zu kaufen. Auch die

internationalen Flugtarife sind von der Aufwertung betroffen. Im allgemeinen sind diese Tarife auf Dollarbasis berechnet, so daß sich nun fünfprozentige Abschläge für Zahlungen in D-Mark ergeben. In Europa basieren die Tarife auf dem englischen Schilling, der jedoch durch die Aufwertung ebenfalls um fünf Prozent billiger wird. Unklar ist dagegen noch, ob auch die Preise im innerdeutschen Verkehr einschließlich des Berlin-Verkehrs billiger werden. Die Tarife für den Berlin-Verkehr sind von den Gesellschaften Air France, PAA und BEA gemeinsam außerhalb der internationalen Regelung durch die IATA festgelegt worden.

Investitionen auf Rekordhöhe

Bundesbank erläutert das Sozialprodukt

m Frankfurt (Eigenbericht). Bei einer Analyse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für 1960 ist die Bundesbank in ihrem neuesten Monatsbericht zu dem Ergebnis gekommen, daß das vergangene Jahr den absolut größten Zuwachs in der Entwicklung des Sozialprodukts der Bundesrepublik brachte. Mit 275,3 Mrd. DM war das Brutto-Sozialprodukt um 28 Mrd. D-Mark, das heißt 11,3 v.H., höher als 1959.

Nur in den Boomjahren 1951, 1952 und 1955 sind prozentual größere Zuwachsraten erzielt worden. In konstanten Preisen gerechnet, hat das Brutto-Sozialprodukt im letzten Jahr um 8 v.H. zugenommen, weil sich der Preisindex (des Sozialprodukts) um 3,1 v.H. erhöht hat. An der Spitze der Preiswelle standen die sprozentigen Preissteigerungen für Bauleistungen. Von der realen Zuwachsrate des Sozialprodukts von 8 v.H. entfallen 1,7 v.H. auf die Zunahme der Erwerbstätigen und 6,1 v.H. auf die Steigerung des Brutto-Sozialprodukts je Erwerbstätigen.

Bei der Verwendung der Sozialprodukts fällt die starke Zunahme der Investitionen auf. Die Brutto-Anlageinvestitionen sind im letzten Jahr um 16,5 v.H. auf 68,5 Mrd. DM gewachsen. Damit wurde die höchste Investitionsrate seit der Währungsreform erzielt. Allein die Bauinvestitionen sind um 15 v.H. auf 33,2 Mrd. DM gestiegen. Die

Bauleistung hat jedoch mengenmäßig nur um 7 v.H. zugenommen. Auch die Ausrüstungs-Investitionen waren mit 33,3 Mrd. D-Mark um 18 v.H. höher als im Vorjahr.

Die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte sind im letzten Jahr um 9,7 v.H. auf 153 Mrd. DM gestiegen. Am stärksten erhöhten sich die Aufwendungen für Dienstleistungen, besonders für die Wohnung und für Produkte des gehobenen Verbrauchs. Allein um 20 v.H. haben die Ausgaben für Reisen in das Ausland zugenommen. Die Grundlage bildete der Anstieg der Masseneinkommen. Diese waren im letzten Jahr mit 131,5 Mrd. DM um 9,2 v.H. höher als im Vorjahr. Die Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer sind dabei um 9,4 v.H. gestiegen. Das gesamte verfügbare Einkommen der privaten Haushalte lag mit 178 Mrd. D-Mark um 9,3 v.H. über dem Vorjahrsniveau.

Engpässe

DT. Das Wort „Engpaß“ ist so alt wie das SED-Regime in Mitteldeutschland. Es hat seine ursprünglich rein geographische Bedeutung völlig verloren und ist zu einem politischen Begriff geworden. Als die Wirtschaft der freien Welt durch den Marshallplan ihre ersten kräftigen Impulse erhielt, da tröstete Moskau die auf seinen Befehl abseits stehenden Satelliten mit der Verheißung: Der Ostblock schafft das Weltniveau aus eigener Kraft! An Kraftanstrengungen hat es gewiß nicht gefehlt, wenn dieses nun bereits auf das Jahr 1967 verschobene Ziel nicht erreicht wird.

Seit einigen Tagen sucht der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ auf seiner Sitzung in Ostberlin nach Möglichkeiten verbesserter Zusammenarbeit der Ostblockstaaten. Von Perspektivplänen, die bis in das Jahr 1980 reichen, ist ebenso die Rede wie von der Behandlung der Grundlagen einer internationalen Arbeitsteilung. Schon heute darf man eines optimistischen Schlußberichtes über die Tagung gewiß sein; er dient dann der psychologischen Kriegführung an der kommunistischen Heimatfront. Die zahllosen Engpässe im Alltagsleben der Zone werden damit ebenso wenig überbrückt wie durch die dauernden Kritiken in den Zeitungen.

Wie jedes Jahr um diese Zeit berauscht sich die Zonenpresse an dem großartigen Warenangebot auf der Leipziger Frühjahrsmesse, um gleichzeitig etwas verschämt zu gestehen, daß es „vorläufig“ nur für den Export bestimmt sei. Und daß auf einem staatseigenen Messestand eine Flasche schottischer Whisky für 9,80 Mark, französischer Kognak für 11,45 Mark und eine Zwanzigerpackung westdeutscher Zigaretten für ganze 40 Pfennig zu haben sind, wird kaum zur Stimmungssteigerung der Zonenbevölkerung beitragen. Denn diese Dinge sind nur für harte Dollars, Schweizer Franken, englische Pfunde oder — man höre und staune — für deutsche Westmark erhältlich.

Während sich in der Messestadt die Regale sogar in den Einzelgeschäften biegen, sind

in Dresden, Magdeburg und Schwerin selbst die Schaufenster der HO-Läden leer oder nur mit Attrappen bestückt. Zahlreiche Gemüsesorten kennt die Bevölkerung nur noch dem Namen nach. Die „Aktion der tausend kleinen Dinge“ scheitert nicht nur am Mangel von Rohstoffen, sondern auch an der Weigerung der Betriebe, art-

fremde Produkte herzustellen. Ob die auf allen Gebieten verordnete „weiche Welle“ dem berechtigten Unwillen der Bevölkerung zu begegnen vermag, wird selbst in der SED-Führung bezweifelt. Planwirtschaft und überleitete „Sozialisierung“ sind Barrieren, die mit Schlagworten nicht zu überwinden sind.

Hilferuf aus Hoheneck

Unhaltbare Zustände im Zonen-Frauenzuchthaus

Berlin (Eigenmeldung). Einen dringenden Appell an die Öffentlichkeit haben Gefangene des mit 800 Frauen belegten Frauenzuchthauses Hoheneck in Stollberg/Sachsen gerichtet, der sich gegen die gesundheits- und lebensgefährdende medizinische „Betreuung“ des Vopo-Vertragsarztes Dr. Greiner richtet. Der Appell wurde von einer politischen Gefangenen überbracht, die acht Jahre in Hoheneck inhaftiert war.

Dr. Greiner verordnet Gallen- und Leberkranken Schwarzbrot mit der Begründung, es enthalte mehr Eiweiß und sei des-

halb gesünder. Zuckerkranken verschrieb er kein Insulin, sondern nur unzureichend wirksame Tabletten. Bei zahlreichen Kranken traten Infektionen auf, weil die ärztlichen Instrumente nicht steril waren. Mehrfache Fehldiagnosen führten zu schweren Erkrankungen, in einem Falle hatten sie den Tod einer Patientin zur Folge.

Im Namen der Menschlichkeit haben die Gefangenen die Aberberufung des unzureichend ausgebildeten Arztes gefordert und erklärt, daß in der Krankenstation zahlreiche Insassen haftunfähig seien, ihr Zustand aber nicht überprüft werde.

Professor Ertel muß ins Gefängnis

Urteil: 15 Monate — Wegen Fluchtverdachts weiter in Haft

Berlin (Eigenmeldung). Der Ostberliner Universitätsprofessor Dr. Hans Ertel ist wegen vorsätzlichen Währungsvergehens in Verbindung mit Betrug von der 6. Großen Strafkammer des Westberliner Landgerichts zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden. 62 870 Mark sollen eingezogen werden.

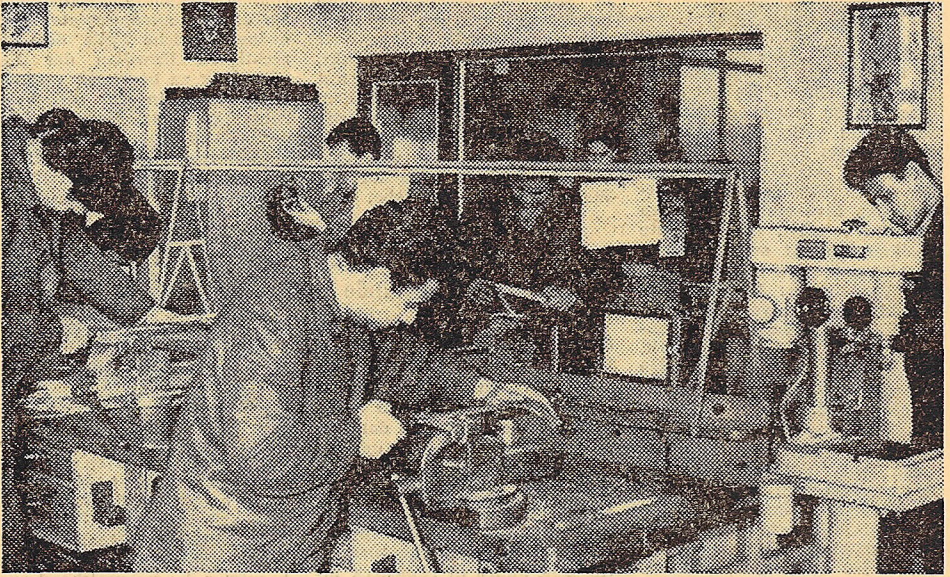
Das Gericht ordnete die Fortdauer der Untersuchungshaft an, da der 56jährige Angeklagte weiterhin fluchtverdächtig sei. Die seit dem 6. Februar 1961 erlittene Untersuchungshaft wurde auf die Strafe angerechnet. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Gefängnis, der Verteidiger eine Strafe beantragt, die zur Bewährung ausgesetzt werden könne.

Der Fall Ertel hat, wie jetzt bekannt wird, auch in Ostberlin seine Kreise gezogen. Erst kürzlich flüchtete der Verwaltungsdirektor der Deutschen Akademie der Wissenschaften nach

Westberlin. Er soll hier um politisches Asyl gebeten haben. Der Justitiar der Deutschen Akademie, SED-Anwalt Kaul, hat gegen mehrere Verwaltungsangestellte dieser Akademie ein Verfahren zu laufen. Bisher sind nach zuverlässigen Informationen mehrere Angestellte bereits strafversetzt worden.

Aus SPD ausgeschlossen

Berlin (Eigenmeldung/dpa). Der Vorsitzende des Marxistischen Arbeitskreises der Berliner SPD, Max Köhler, ist wegen parteischädigenden Verhaltens aus der SPD ausgeschlossen worden. Der Anlaß dazu war ein Artikel in einer Freidenker-Monatsschrift. Köhler, Redakteur dieser Monatsschrift, hatte unter anderem geschrieben, Hitler habe bei seiner Judenverfolgung nur das vollstreckt, was Martin Luther an Haß gegen die Juden gepredigt habe. Auch der Freidenker-Verband hat Köhler ausgeschlossen.



BILDER DER WOCHE. Oben: 20 junge Ägypter legten dieser Tage in Lübeck ihre Prüfung in Metallverarbeitung ab. Sie bleiben noch ein Jahr in der Bundesrepublik. — Unten: Der erste Atombunker Norddeutschlands ist im Rohbau in Hamburg fertiggestellt worden. Er bietet 100 Personen Schutz.

